

### RESOLUTION

Die Vereinigung «Bürger für Bürger» befasste sich an ihrer Veranstaltung vom 26. Juni 2010 mit der politisch brisanten Sexualpädagogik des „Gender Mainstreaming“ (vgl. [www.freie-meinung.ch](http://www.freie-meinung.ch)); eine von gewissen Kreisen aktiv gepuschte aber nicht offen deklarierte Ideologie zur Unterwanderung und Zerstörung der Familie durch eine Sexualisierung unserer Kinder und Jugendlichen. Unehrllich wird das herkömmliche Verständnis von „Geschlecht“ durch „Gender“ gewandelt. Im obligatorisch erklärten Schulfach der „Gender Sexualpädagogik“ wird die Differenzierung des Menschen in „Mann“ und „Frau“ abgelehnt und damit die Geschlechtsidentität beim Kind aufgelöst. Das Gender-Prinzip behauptet, es gehöre zur Freiheit des Menschen, sein Geschlecht selbst zu bestimmen. Jedermann solle selbst entscheiden können, ob er lesbisch, hetero-, homo-, bi- oder trans-sexuell leben möchte. Jede in Fragestellung wird scharf als Diskriminierung gebrandmarkt.

Abgesehen davon, dass das so neu geschaffene Menschenbild aus biologischer Sicht reine Utopie ist, führt diese gottlose Ideologie in ihrer Ehe- und Familienfeindlichkeit zur absoluten Zerstörung all unserer moralisch-ethischen Werte und damit zu einer Verrohung der Gesellschaft.

Gefördert vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) ist „Gender Mainstreaming“ via dem sogenannten „Kompetenzzentrum Sexualpädagogik und Schule“ der PHZ Luzern bereits in die Lehrpläne unserer Schulen und Kindergärten eingedrungen. Der staatlich aufgezwungene Sexualunterricht zur Sexualisierung der Kinder und Jugendlichen entpuppt sich damit mehr und mehr als politisches Programm, das eine lautlose Umwälzung unserer Gesellschaft anstrebt.

Bundesrat und Parlament verletzen so ihren verfassungsmässigen Auftrag: Den Schutz von Ehe und Familie.

Dieser Entwicklung muss entschieden Einhalt geboten, der staatlich geförderte Genderismus muss gestoppt und unterbunden werden. **Die Versammlung verabschiedete folgende Resolution:**

- Parlament und Regierung werden aufgerufen, jede staatlich geförderte Beeinflussung von Familie und Gesellschaft durch die Diktatur des Genderismus sofort einzustellen und die Stärkung der Familie zum vorgängigen Leitprinzip der Politik zu machen.
- An jeden einzelnen Bürger wird appelliert, sich jeder staatlich aufgezwungenen schulischen Sexualerziehung entgegenzustellen.
- Die Vereinigung „Bürger für Bürger“ setzt sich zum Ziel, die Gender-Beeinflussung von Familie und Gesellschaft mit allen legalen Mitteln der Bevölkerung aufzuzeigen, diese über die Gefahren von Gender aufzuklären und dementsprechend bei Behörden, Verbänden und Parteien verstärkt Einfluss zu nehmen.

Verein Bürger für Bürger



Dr. Markus Erb  
Präsident

Otelfingen, 26. Juni 2010



Paul Meier alt Kantonsratspräsident SG  
Aktuar